

## TERMINE

### Ausgewählte Gesetzgebungsverfahren und Verordnungen

#### Nationale Gesetze (laufende Verfahren)

<b>Gesetz zur Anpassung der Krankenhausreform (Krankenhausreformanpassungsgesetz – KHAG)</b> - zustimmungsfrei -	
<ul style="list-style-type: none"><li>• Ausnahmen und Kooperationen zur Sicherstellung der stationären Versorgung besonders im ländlichen Raum</li><li>• Anpassungen bei Leistungsgruppen und Qualitätskriterien</li><li>• Verlängerung von Fristen insbesondere zur Vorhaltevergütung</li><li>• KH-Transformationsfonds: Finanzierung aus Mitteln des Sondervermögens statt GKV-Geldern in den Jahren 2026 bis 2035, erhöhte Bundesfinanzierung (3,5 Mrd. statt 2,5 Mrd. Euro) in den Jahren 2026 bis 2029</li></ul>	
Am Tag nach der Verkündung	Inkrafttreten
17.12.2025	Anhörung im Gesundheitsausschuss
21.11.2025	1. Durchgang Bundesrat
12.11.2025	1. Lesung Bundestag
08.10.2025	Kabinettsbeschluss
21.08.2025	Verbändeanhörung BMG
05.08.2025	Referentenentwurf
<b>Gesetz zur Weiterentwicklung der Apothekenversorgung (Apothekenversorgung-Weiterentwicklungsgesetz – ApoVWG)</b> - zustimmungsfrei -	
<ul style="list-style-type: none"><li>• Anpassung der Apothekenvergütung: Etablierung einer Verhandlungslösung zwischen Vertragspartnern der Selbstverwaltung (siehe auch ergänzende Verordnung)</li><li>• Erhalt des flächendeckenden Apothekennetzes: u. a. zusätzliche Vergütung für Landapoteken, Weiterqualifizierung von PTA</li><li>• Erweiterte Austauschmöglichkeiten, Ausweitung Impfmöglichkeiten, Abgabe von Rx-Arzneimitteln ohne Verordnung</li></ul>	
Am Tag nach der Verkündung	Inkrafttreten
30.01.2026	1. Durchgang Bundesrat
17.12.2025	Kabinettsbeschluss
06.11.2025	Verbändeanhörung BMG
16.10.2025	Referentenentwurf
<b>Gesetz zur Reform der Notfallversorgung</b> - zustimmungsfrei -	
<ul style="list-style-type: none"><li>• Sicherstellung der notdienstlichen Akutversorgung durch die KVen rund um die Uhr</li><li>• Digitale Vernetzung der Akutleitstellen der KVen (116 117) und der Rettungsleitstellen (112) zu Gesundheitsleitsystem</li><li>• Einrichtung von Integrierten Notfallzentren (INZ)</li><li>• Digitale Kooperation im Rahmen der Notfall- und Akutversorgung</li><li>• Verankerung der medizinischen Notfallrettung als Sachleistung im SGB V</li></ul>	

Am Tag nach der Verkündung	Inkrafttreten
10.12.2025	Verbändeanhörung BMG
12.11.2025	Referentenentwurf

#### **Gesetz zur Stärkung von Medizinregistern und zur Verbesserung der Medizinregisterdatennutzung**

- zustimmungsfrei -

- Aufbau „Zentrum für Medizinregister“ (ZMR) beim Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte
- Einführung Qualifizierungsverfahren von Medizinregistern für Datenverarbeitungsbefugnisse
- Regelungen zur pseudonymisierten und registerübergreifenden Datennutzung

Am Tag nach der Verkündung	Inkrafttreten
11.02.2026	Kabinettsbeschluss
01.12.2025	Verbändeanhörung BMG
23.10.2025	Referentenentwurf

#### **Gesetz zur Durchführung der KI-Verordnung**

- zustimmungsfrei -

- Umsetzung der „EU-Verordnung zur Festlegung harmonisierter Vorschriften für Künstliche Intelligenz“ (EU-KI-Verordnung)
- Aufbau von Aufsichts- und Marktüberwachungsstrukturen, insbesondere durch die Bundesnetzagentur

21.01.2026	Kabinettsbeschluss
11.09.2025	Referentenentwurf

#### **Zweites Gesetz zur Stärkung der betrieblichen Altersversorgung und zur Änderung anderer Gesetze**

##### **(Zweites Betriebsrentenstärkungsgesetz)**

- zustimmungspflichtig -

- Versicherungsträger kann in der Satzung die Möglichkeit der Online-Wahl eröffnen
- Online-Wahl nur als zusätzliche, ergänzende Option neben der Möglichkeit zur brieflichen Stimmabgabe
- Wahlberechtigte dürfen Wahlrecht nur einmal ausüben. Wird die Stimme brieflich und elektronisch abgegeben, zählt nur die elektronisch abgegebene Stimme, die briefliche ist ungültig.
- Für die Kosten kommt der jeweilige Versicherungsträger auf

Am Tag nach der Verkündung	Inkrafttreten
19.12.2025	2. Durchgang Bundesrat
05.12.2025	2./3. Lesung Bundestag
10.11.2025	Anhörung im Ausschuss für Arbeit und Soziales
17.10.2025	1. Durchgang Bundesrat
03.09.2025	Kabinettsbeschluss
05.09.2025	Verbändeanhörung BMAS
17.06.2025	Referentenentwurf

## Nationale Verordnungen (laufende Verfahren)

<b>Verordnung über die Beteiligung der maßgeblichen Organisationen der Pflegeberufe auf Bundesebene (Pflegeberufbeteiligungsverordnung – PfleBerBeteiligungsV)</b>	
- Zustimmung Bundesrat notwendig -	
<ul style="list-style-type: none"><li>• Ausgestaltung einer Regelung hinsichtlich der Beteiligung der Organisation der Pflegeberufe auf Bundesebene, die mit dem Gesetz zur Befugniserweiterung und Entbürokratisierung in der Pflege eingeführt werden soll.</li></ul>	
Am Tag nach der Verkündung	Inkrafttreten
30.01.2026	Bundesrat
07.10.2025	Verbändeanhörung BMG
12.09.2025	Referentenentwurf

<b>Verordnung zur Änderung der Apothekenbetriebsordnung und weiterer Verordnungen</b>	
<ul style="list-style-type: none"><li>• Maßnahmen zum Bürokratieabbau sowie Flexibilisierung des Apothekenbetriebs, Änderungen bei der Vergütung der Apotheken</li></ul>	
Am Tag nach der Verkündung	Inkrafttreten
13.01.2026	Einleitung Notifizierungsverfahren EU-Kommission
17.12.2025	Referentenentwurf

## EU-Gesetzgebung

<b>Gesetz zu kritischen Arzneimitteln (Critical Medicines Act)</b>	
<ul style="list-style-type: none"><li>• Verbesserung der Liefersicherheit und Verfügbarkeit von kritischen Arzneimitteln und Arzneimitteln von gemeinsamem Interesse</li></ul>	
02.12.2025	Annahme Allgemeine Ausrichtung im Rat
11.03.2025	Vorschlag der EU-Kommission für einen Verordnungsentwurf für ein Gesetz zu kritischen Arzneimitteln

<b>Verordnung zur Vereinfachung der Medizinprodukteverordnung (MDR) und In-vitro-Diagnostika Verordnung (IVDR)</b>	
<ul style="list-style-type: none"><li>• Vereinfachung des Zertifizierungsverfahrens für Medizinprodukte durch die Benannten Stellen</li><li>• Reduzierung der administrativen Belastungen und Abbau regulatorischer Hürden für innovative Medizinprodukte</li></ul>	
16.12.2025	Vorschlag der EU-Kommission zur Überarbeitung der Medizinprodukteverordnung (MDR) und In-vitro-Diagnostika Verordnung (IVDR)

<b>EU-Pharmapaket</b>	
<ul style="list-style-type: none"><li>• Überarbeitung des europäischen Rechtsrahmens für Arzneimittel u. a. mit folgenden Kernelementen:<ul style="list-style-type: none"><li>– Stärkung der Verfügbarkeit und Sicherstellung des Zugangs zu sicheren, wirksamen und erschwinglichen Arzneimitteln</li><li>– Bewahrung eines innovationsfreundlichen Umfelds für Forschung, Entwicklung und Herstellung von neuen Arzneimitteln in der EU</li><li>– Behebung von Arzneimittelengpässen und Gewährleistung der Versorgungssicherheit</li></ul></li></ul>	

<ul style="list-style-type: none"> <li>– Einführung von Investitionsanreizen zur Schaffung eines Binnenmarktes für Arzneimittel</li> <li>• Bekämpfung von antimikrobiellen Resistenzen</li> </ul>	
11.12.2025	Einigung zwischen Rat und Parlament im Trilog
20.06.2025	Einigung auf Gemeinsame Position im Rat
10.04.2024	Beschluss EP-Position zum Pharmapaket
13.06.2023	Beschluss des Rates zur Annahme der Empfehlung zur Bekämpfung antimikrobieller Resistenzen
26.04.2023	Vorschlag der EU-Kommission für eine neue Richtlinie und eine neue Verordnung Vorschlag für eine Empfehlung des Rates zur Bekämpfung von Antibiotikaresistenzen

## Kürzlich abgeschlossene nationale Gesetze und Verordnungen

<b>Gesetz über die Einführung einer bundeseinheitlichen Pflegefachassistentenausbildung und zur Änderung weiterer Gesetze</b> - zustimmungspflichtig -	
• Einführung eines bundesweit einheitlichen Berufsprofils für die Pflegefachassistentenausbildung	
• Anpassung des Finanzierungsverfahrens nach dem Modell des Pflegeberufegesetzes: Sozialversicherung und Pflegebedürftige (über Eigenanteile) tragen damit Großteil der Finanzierung	
01.01.2027	Inkrafttreten
17.10.2025	2. Durchgang Bundesrat
09.10.2025	2./3. Lesung Bundestag
06.10.2025	Anhörung im Ausschuss für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend
26.09.2025	1. Durchgang Bundesrat
11.09.2025	1. Lesung Bundestag
06.08.2025	Kabinettsbeschluss
05.06.2025	Referentenentwurf

<b>Gesetz zur Befugniserweiterung und Entbürokratisierung in der Pflege</b> - zustimmungsfrei -	
• Pflegefachpersonen erhalten mehr Befugnisse in der Versorgung – diese sollen eigenverantwortlich weitergehende Leistungen erbringen können.	
• Stärkung der Pflegestrukturen und mehr Anreize für gemeinschaftliche und innovative Versorgungsformen	
• Ergänzende fachfremde Regelungen u. a. zur ePA, vertragsärztlichen Notdienst (Poolärzte), Finanzierung KV-Strukturfonds, Sicherung der Datengrundlagen für den RSA, Anpassungen Wechselmöglichkeiten aus der PKV in die GKV	
• GKV-Sparpaket (Paket fachfremde Änderungsanträge) – Einigung Vermittlungsausschuss: Aussetzen der Meistbegünstigungsklausel im Krankenhaus für das Jahr 2026, Begrenzung des Ausgabenanstiegs bei den Verwaltungskosten der Krankenkassen im Jahr 2026, Halbierung des Fördervolumens des Innovationsfonds im Jahr 2026	
01.01.2026	Inkrafttreten
19.12.2025	Abschluss Bundesrat (Vermittlungsergebnis)
19.12.2025	Abschluss Bundestag (Vermittlungsergebnis)
17.12.2025	Vermittlungsausschuss
21.11.2025	2. Durchgang Bundesrat

06.11.2025	2./3. Lesung Bundestag
08.10.2025	Anhörung im Gesundheitsausschuss
26.09.2025	1. Durchgang Bundesrat
11.09.2025	1. Lesung Bundestag
06.08.2025	Kabinettsbeschluss
23.06.2025	Referentenentwurf (Pflegekompetenzgesetz)

**Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2026  
(Haushaltsgesetz 2026 – HG 2026)**

- zustimmungsfrei -

- Etat des BMG beläuft sich auf ein Gesamtvolumen von rund 21,77 Mrd. Euro
- Ergänzende überjährige Darlehen in Höhe von 2,3 Mrd. Euro für die GKV und 3,2 Mrd. Euro (1,5 Mrd. Euro + 1,7 Mrd. Euro) an die Pflegeversicherung
- Wirtschaftsplan zum Sondervermögen Infrastruktur: 2,5 Mrd. Euro als „Sofort-Transformationskosten Krankenhäuser“ (2026), jährlich 3,5 Mrd. Euro Bundesanteil zur Finanzierung des Krankenhaustransformationsfonds (2026 – 2029)

01.01.2026	Inkrafttreten
19.12.2025	2. Durchgang Bundesrat
25.11. – 28.11.2025	2./3. Lesung Bundestag (Haushaltswöche)
13.11.2025	Bereinigungssitzung Haushaltsausschuss
26.09.2025	1. Durchgang Bundesrat
23.09. – 26.09.2025	1. Lesung Bundestag (Haushaltswöche) / Einzelplan 15 (BMG) am 23.09.2025
30.07.2025	Kabinettsbeschluss Regierungsentwurf 2026 / Finanzplan bis 2029

**Verordnung über maßgebende Rechengrößen der Sozialversicherung für 2026  
(Sozialversicherungsrechengrößen-Verordnung 2026)**

- Zustimmung Bundesrat notwendig -

- Festlegung der neuen Werte der Rechengrößen der Sozialversicherung für das Jahr 2026
- Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze in der GKV auf 5812,50 Euro im Monat (2025: 5512,50 Euro) und der Versicherungspflichtgrenze auf 6450 Euro im Monat (2025: 6150 Euro)

01.01.2026	Inkrafttreten
21.11.2025	Bundesrat
08.10.2025	Kabinettsbeschluss
08.09.2025	Referentenentwurf